
1362/J XXVIII. GP

Eingelangt am 25.04.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Alois Kainz
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend **Kosten für Übersetzungs- und Dolmetschleistungen in Ihrem Ressort
seit April 2024**

Die richtige sprachliche Kommunikation ist im politischen Tagesgeschäft von unermesslicher Wichtigkeit. Insbesondere in Zeiten zunehmender Globalisierung, wachsender internationaler Krisen und der daraus resultierenden Migrationsbewegungen nach Österreich gewinnt die präzise und professionelle Verständigung an Bedeutung. Tätigkeiten wie das Übersetzen und Dolmetschen nehmen dabei eine zunehmend zentrale Rolle ein – nicht nur im diplomatischen Kontext, sondern insbesondere auch im behördlichen und gerichtlichen Alltag sowie im Verwaltungsapparat der Bundesministerien.

Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Entwicklungen – etwa den anhaltenden Konflikten im Nahen Osten, der kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine sowie den instabilen Verhältnissen in Teilen Afrikas – ist ein deutlicher Anstieg an Asylanträgen und Migrationsbewegungen nach Europa und insbesondere nach Österreich zu verzeichnen. Laut dem Bundesministerium für Inneres wurden allein im Jahr 2023 insgesamt 58.947 Asylanträge in Österreich gestellt, was im Vergleich zu den Vorjahren einen erheblichen Anstieg darstellt.¹

Gleichzeitig weist der aktuelle „Migrations- und Integrationsbericht 2023“ des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) auf die wachsende Bedeutung interkultureller und sprachlicher Vermittlung hin. Infolge dieser Entwicklungen steigt auch der Bedarf an qualifizierten Dolmetscherinnen und Dolmetschern sowie an professionellen Übersetzungsleistungen, insbesondere im Bereich von Gerichten, Polizeibehörden, Asyl- und Fremdenrechtsverfahren sowie in den einzelnen Bundesministerien.²

¹ www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/Jahresstatistiken/Asyl_Jahresstatistik_2023.pdf

² <https://www.integrationsfonds.at/publikationen/migrations-und-integrationsbericht>

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage

1. Wie hoch waren die Kosten für Übersetzungsleistungen in Ihrem Ressort seit April 2024? (Bitte um detaillierte Aufgliederung nach Kosten und Sprachen)
2. Wie hoch waren die Kosten für Dolmetscherleistungen in Ihrem Ressort seit April 2024? (Bitte um detaillierte Aufgliederung nach Kosten und Sprachen)
3. Inwiefern entstand durch den Krieg in der Ukraine mit Russland ein erhöhter Bedarf an den Sprachen Ukrainisch und Russisch?
4. Inwiefern entstand durch den Krieg in Israel/Gaza ein erhöhter Bedarf an den Sprachen aus jener Region?
5. Inwiefern entstand durch die allgemeine Migrationskrise in Österreich und Europa ein erhöhter Bedarf an Dolmetschern in Ihrem Ressort?
6. Welche Sprachen können Sie selbst in Ihrem Ressort abdecken, ohne auf externe Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen zurückzugreifen?
7. Gibt es Sprachen in denen ein externer Bedarf besteht, der nicht gedeckt werden kann?
 - a. Falls ja, welche?
8. Welche Dolmetscher bzw. Übersetzungsbüros wurden seitens Ihres Ressorts engagiert?
 - a. Werden diese Aufträge öffentlich ausgeschrieben?
 - b. Falls ja, wo werden diese Aufträge ausgeschrieben?
 - c. Falls die Aufträge nicht öffentlich ausgeschrieben werden, warum nicht?
9. Wie und in welcher Form sind die Dolmetschleistungen in Ihrem Ressort von den Sparauflagen der aktuellen Regierung betroffen?
 - a. In welcher konkreten Höhe sind Budgetkürzungen im Bereich Übersetzungs- und Dolmetschleistungen vorgesehen?
 - b. Gab es seit Einführung der Sparauflagen Fälle, in denen aufgrund fehlender Dolmetscherleistungen Verfahren verzögert oder Kommunikationsprobleme festgestellt wurden?
 - c. Wurde Personal abgebaut oder wurden geplante Neuvergaben für Sprachdienstleistungen aufgrund der Sparauflagen gestoppt?
 - d. Welche Sprachen sind am stärksten von den Einsparungen betroffen?
 - e. Gibt es Überlegungen, verstärkt auf digitale Übersetzungstools zurückzugreifen, um Kosten zu senken?
 - i. Wenn ja, wie werden Qualität und Vertraulichkeit dabei sichergestellt?